

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 2. Oktober 2007

**Berufliche Bildung stärken – Perspektiven für junge Menschen entwickeln –
Fachkräftenachwuchs sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

- Nach Jahren der Stagnation des Arbeits- und Ausbildungsmarktes führt der wirtschaftliche Aufschwung auch zu einer deutlichen Steigerung der Ausbildungsanstrengungen. So ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Ausbildungsjahr 2005/2006 um 2.747 oder 5,4% angestiegen. Auch für das Ausbildungsjahr 2006/2007 ist eine deutliche Zunahme zu erwarten: IHK- und Handwerksbetriebe, die beiden größten Ausbildungsbereiche, melden seit Monaten stark steigende Zahlen.
- Diese Entwicklung zeigt, dass der niedersächsische Pakt für Ausbildung positiv wirkt und den viele Jahre andauernden negativen Trend ins Positive gewendet hat.
- Regional- und branchenspezifisch gibt es unterschiedliche Entwicklungen. In wirtschaftlich schwächer strukturierten Gebieten Niedersachsens gelingt es noch nicht, allen Jugendlichen eine qualifizierte betriebliche Ausbildung zu vermitteln. Diese Jugendlichen nutzen zum Teil vollzeitschulische Ausbildungsformen. Dies führt regional und branchenspezifisch zu einer Entlastung der Ausbildungssituation. Andererseits melden einige Branchen, nicht alle offenen Ausbildungsstellen besetzen zu können, weil sie keine oder nicht genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber finden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, Konzepte zu entwickeln, wie

- das System der dualen Ausbildung, das einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Niedersachsens liefert, gestärkt werden kann,
- Jugendliche am Ende ihrer allgemein bildenden Schulzeit in die Lage versetzt werden, eine duale Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren, insbesondere wie Jugendliche ohne oder mit schwachem Hauptschulabschluss so gefördert werden können, dass sie eine duale Berufsausbildung erfolgreich abschließen können,
- betriebliche Praktikumsanteile in schulische Bildungsgänge integriert werden können, damit eine hohe Akzeptanz dieser Grundbildung in der Wirtschaft erreicht werden kann und wie die Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden Schulen und Berufsschulen, wie sie bereits in Modellversuchen erfolgreich praktiziert wird, landesweit gefördert werden kann.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- auf Bundesebene gegenüber den verantwortlichen Sozialpartnern darauf hinzuwirken, dass die Ausbildungsordnungen grundsätzlich für die Absolventinnen und Absolventen aller Schulformen geeignet sind und dass sich anerkannte Berufsausbildungen stärker als bisher an alle Zielgruppen wenden sowie die Einführung weiterer Ausbildungsberufe mit erhöhtem Praxisanteil und verkürzter Ausbildungszeit zu fördern.
- auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass anerkannte Berufsausbildungen stärker als bisher modularisiert werden können. Dies ist notwendig, damit die Anerkennung von erworbenen Teilqualifikationen im Rahmen eines Berufsabschlusses ermöglicht wird.
- bei den Kammern darauf hinzuwirken, dass sich betriebliche Ausbildungsverbünde bilden, die es auch den Betrieben erleichtern auszubilden, die bis jetzt aufgrund mangelnder Spektren oder Ausbilder nicht ausbilden konnten, jedoch Teilbereiche anbieten können.
- sich weiter aktiv für die Einrichtung zusätzlicher und den Erhalt bestehender Ausbildungsplätze für eine qualifizierte Berufsausbildung im Land so einzusetzen, dass jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche eine Ausbildung erhalten kann. Der niedersächsische Ausbildungspakt bietet dafür eine bewährte Grundlage.
- weiterhin gezielt die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmern mit Migrationshintergrund zu stärken und zu diesem Zweck die bestehenden Initiativen der Kammern und Verbände weiterzuentwickeln.
- weiter alle Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung ausbildender Betriebe zu prüfen, um diese Betriebe, die eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnehmen, zu unterstützen. Die Mitwirkung des Landes bei der Finanzierung der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung ist dabei unverzichtbar, damit auch kleinere Unternehmen qualitativ hochwertige Ausbildungen anbieten können.
- dass bei fehlenden Ausbildungsplätzen im Rahmen von freiwilligen Vereinbarungen mit den Kammern im Ausnahmefall und vorübergehend Modelle erprobt werden können, die eine Berufsausbildung gewährleisten und zu einer Abschlussprüfung vor der zuständigen Kammer führen. Diese zeitlich zu begrenzenden Ausnahmen sind jedoch auf regionale Erfordernisse und bestimmte Ausbildungsberufe, die anschlussbezogen eine direkte Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt gewährleisten, zu beschränken. Diese Beschränkung ist notwendig, damit betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängt und dadurch die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen der Berufsausbildung auf Dauer geschädigt werden.

Begründung

Der Landtag sieht in einer guten beruflichen Ausbildung die beste Gewähr für berufliches Fortkommen und den besten Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Sie ermöglicht eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Sicherstellung des Lebensunterhaltes durch Arbeit. Gut ausgebildete Fachkräfte sind der Aktivposten niedersächsischer Unternehmen im europäischen und internationalen Wettbewerb. Anhaltender sozialer Fortschritt kann nur auf wirtschaftlichem Wohlstand, d. h., auf der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beruhen. Leistungsfähige und qualitätsorientierte Unternehmen sind daher unverzichtbar. Deshalb sind alle Maßnahmen darauf auszurichten, die Ausbildungsfähigkeit unserer Jugendlichen durch eine Verstärkung der Basisqualifikationen und der Förderung von sozialen Kompetenzen sicherzustellen. Das duale Ausbildungssystem ist daher zu stützen.

Für Jugendliche, denen kein betrieblicher Ausbildungsplatz angeboten werden kann, ist es darüber hinaus in einer begrenzten Übergangszeit sinnvoll, o. a. Modelle zu entwickeln. Diese

ergänzenden Angebote zur dualen Ausbildung können die gegenwärtig angespannte Ausbildungsplatzsituation entlasten.

Darüber hinaus gebietet auch die demographische Entwicklung im nächsten Jahrzehnt alle vorhandenen Bildungspotenziale auszuschöpfen, um den Arbeitskräftebedarf der Betriebe im Land nachhaltig sicherstellen zu können.

Für die Fraktion der CDU

Für die Fraktion der FDP

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Dr. Philipp Rösler
Fraktionsvorsitzender